Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto. Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (76 mm breit) 1 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Text- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 123 — Freitag, den 27. Mai 1921. — 44. Jahrgang

Eine Rede des Reichskanzlers.

WTB. **Karlsruhe**, 25. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth traf heute vormittag auf der Durchreise nach Freiburg hier ein und begab sich ins Staatsministerium, Staatspräsident Trunk begrüßte den Reichskanzler und betonte, zum Wiederaufbau Europas müssen wir beitragen, was menschenmöglich ist. Ernstlich und ehrlich wollen wir an die Erfüllung dessen herangehen, was die Anforderungen des angenommenen Ultimatums uns auferlegen, und heute wiederholen wir der Reichsregierung die Erklärung, daß wir zu der von der Reichsregierung übernommenen Aufgabe ohne Vorbehalt uns bekennen.

Reichskanzler Wirth führte darauf in seiner Rede folgendes aus:

„Ich bin nach Karlsruhe gekommen, um in offener Aussprache zusammen mit meinen ehemaligen Ministerkollegen die politische Lage zu besprechen. Ich bin glücklich, in meiner Heimat Männer gefunden zu haben, die in allen wesentlichen Punkten mit dem einig sind, was wir in Berlin erklärt haben. Ich hoffe, daß wenn ich in den nächsten Tagen Gelegenheit haben werde, die Regierungen weiterer Länder aufzusuchen, ich dort dieselbe Einmütigkeit in der Auffassung über die Notwendigkeit der Stunde finden werde. Wir haben das Ultimatum mit Ja beantwortet. Es war notwendig, um der Freiheit des deutschen Volkes willen es war ein deutsches Ja und keine akademische Erörterung. Akademische Erörterungen sind zwei Jahre hindurch genug gepflogen worden. Sie haben zu nichts geführt. Es war ein Ja, das ein Zeitalter von Leistungen einschließen soll. Leistungen allein können die Welt von dem guten Willen Deutschlands überzeugen. Wenn wir zwei Jahre zurückblicken, so wäre es unrecht, nicht anzuerkennen, daß inzwischen sich doch einiges gebessert hat, und wenn es uns nun glückt, eine Wiederbelebung der Wirtschaft und des Handels durch Förderung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen, und dem deutschen hungernden Magen wieder genügend Nährstoffe zuzuführen, so wird das deutsche Volk auch freiwillig beachtliche Leistungen aufbringen. Um der Freiheit willen haben wir ja gesagt. Ich könnte mir nichts schrecklicher vorstellen, als daß sich große Industriegebiete Deutschlands, Rheinlands und Westfalens, wo doch das Herz unserer ganzen Produktion schlägt, unter die Gewalt fremder Bajonette gestellt sehen. Ich glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiterschaft von Rheinland und Westfalen, selbst uns dafür dankbar sein wird, weil wir ihr dadurch die Möglichkeit gegeben haben, in freier Arbeit, als freie politische Bürger dem deutschen Volke gerade an der Stelle retten zu helfen, wo es am notwendigsten ist. Wohl weiß ich, daß das Ja Unbarmherzigkeit in sich schließt. Es muß daher an den Willen aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden wir ganz großen Teil aus den Händen geben, umso mehr aber werden wir den Standpunkt des Rechts für das deutsche Volk bejahen. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich auch im Reichstage erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn die oberschlesische Frage durch die Diktatur eines polnischen Aufrührers gelöst würde. Wir verlangen, daß die durch den Friedensvertrag gewährten Rechte zur Anwendung kommen, wonach die Volksabstimmung in Oberschlesien als Ausdruck des demokratischen Lebens von allen Völkern beachtet werden muß. Wir wollen unsererseits zeigen, daß wir gewillt sind, aufrichtig und ehrlich auf klar vorgezeichneter Bahn Politik zu treiben, unterstützt von dem größten Teil unseres Volkes.

Alle Kreise werden Opfer bringen müssen.

Ich weiß nicht, ob alle Kreise des deutschen Volkes wirklich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durchs deutsche Land geht und den frechen Luxus sich breitmachen sieht, wird man füglich verlangen, daß in der beginnenden Zeit der Arbeit alle Kreise des Volkes sich, was Lebenshaltung betrifft, in solcher Bahn bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen. Wir wollen nicht auf neue Kriege sinnen. Ich rufe auch nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern rufe auf zum Bekenntnis des Rechts und zum Bekenntnis der Freiheit und zu unserer großen Arbeitsleistung. Wir wollen sie zu organisieren versuchen. Wir wollen uns nicht mehr in kosmopolitischen Träumereien verlieren, im Gegenteil, die Gedanken der Nation, ihrer Führer, ihrer Würde, sie sollen uns auch jetzt leiten, wenn wir durch Arbeit einer neuen Freiheit entgegengehen wollen. Ich bitte Sie alle, die Sie guten Willens sind, die Regierung auf diesem Wege zu unterstützen. Jeder ist willkommen, keiner ist ausgeschlossen, die Tür ist für niemanden zu, wer an des Vaterlandes Freiheit durch Arbeit mitarbeiten will. Aber irgend welche wilden Formen des Ausdrucks politischer Betätigung außerhalb des Rahmens der Gesetze, die uns politisch nur in Schwierigkeiten bringt, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechts und auf dem Boden der Arbeit vorwärts und, so Gott will, aufwärts, einer neuen Zeit entgegen."

Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden allseitigen Beifall. Am Nachmittag fuhr Dr. Wirth nach Freiburg, um dort seiner Mutter einen Besuch abzustatten.

Eine weitere Rede Dr. Wirth's in Freiburg.

Berlin, 26. Mai. Ein Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung hat den heute in Freiburg weilenden Reichskanzler **Dr. Wirth** um eine Aeußerung zu dem Oberschlesien betreffenden Teil der Rede des französischen **Ministerpräsidenten**. Der Reichskanzler erklärte etwa folgendes:

Ich erkenne gerne an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen maßvollen Ton gestimmt ist. Im übrigen geht Briand in der Begründung der polnischen, von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsache teilweise widerspricht.

Einen historischen Anspruch hat Polen auf Oberschlesien nicht, denn Oberschlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor 600 Jahren durch Gewalt von Deutschland genommen, sondern vor 900 Jahren gewaltsam von den Polen erobert und 200 Jahre später, also vor 700 Jahren, hat es sich infolge des Verzichts des Großherzogs Wladislaus Lokewyl, also auf völlig friedlichem Wege von Polen getrennt.

Wenn die Polen, wie Herr Briand behauptet, zurzeit der polnischen Verhandlungen 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die Abstimmung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so sind diese Gründe weder auf die früheren mittelalterlichen Vorgänge noch auf die jüngste Vergangenheit zurückzuführen, denn bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Deutschen dagegen 70 Prozent. Vielleicht haben die Polen aus diesem Grunde bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hofften, dadurch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Richtung getäuscht haben und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Mehrzahl für Deutschland eingetreten sind, so kann nur den falschen Voraussetzungen der Polen, nicht aber den Deutschen ein Vorwurf gemacht werden. Im übrigen ist selbstverständlich nicht zutreffend, wenn Herr Briand alle überhaupt von Emigranten abgegebenen Stimmen Deutschland zuzählt. Denn unter jenen dürfte sich selbstverständlich eine große Anzahl von Ausgewanderten, die für Polen gestimmt haben.

Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien, denn die deutsche Mehrheit, die fast eine Viertelmillion Stimmen beträgt, läßt sich nicht fortdiskutieren. Sie haben moralisch keinen Anspruch, da sie mit dem Aufstand die Gewalt an die Stelle des Rechts setzen wollten. Sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die oberschlesische Industrie von den Deutschen geschaffen ist und weil nach dem Urteil der berufensten deutschen Fachmänner die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiterzuentwickeln vermögen.

In dem Wunsche finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen, daß die Gerechtigkeit siegen muß. Die deutsche Regierung, welche sich so außerordentlich zurückhaltung in dieser Frage auferlegte und so erhebliche Opfer brachte, darf auch damit rechnen, daß die endgültige Regelung der oberschlesischen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Etwas anderes verlangen wir nicht.

Die ungelöste Spannung.

Boulogne, 26. Mai. Die Tagung des Obersten Rates wird hier bekanntlich in den ersten Tagen des Juni stattfinden. Diplomatische Agenten sind bereits hier eingetroffen, um die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Die Konferenz wird nicht wie früher in der Villa Fasjon, sondern in der Villa des Goldclubs, 3 Kilometer von Boulogne entfernt, stattfinden.

London, 26. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph meldet eine Entspannung zwischen Paris und London, erklärt jedoch, man dürfe sich nicht der Täuschung hingeben, daß jetzt das oberschlesische Problem eingermaßen gelöst sei. Die Festsetzung der Grenze werde, nach der großen Meinungsverschiedenheit zu schließen, fast sicher zu einer scharfen Auseinandersetzung führen. Durch die Ereignisse der letzten Tage werde gewonnen werden, daß die Meinungsverschiedenheiten, so ernst sie auch bleiben, auch in der Sitzung des Obersten Rates erörtert werden.

Paris, 26. Mai. Das Journal stellt fest, daß seit zwei Tagen der italienische Außenminister besonders bemüht sei, eine Ueberbrückung des englisch-französischen Gegensatzes in der oberschlesischen Frage zu finden. Es finde ein lebhafter telegraphischer Meinungsaustausch zwischen den Konsulaten und den Kabinetten in Paris und London statt. Man wisse nicht genau, welche Grenzlinie die italienische Regierung vorschlage. Aber die Tribuna spricht davon, daß Polen der größte Teil des Bergwerkbezirkes gelassen werden soll.

Eine englische Oberschlesiennote nach Paris

Paris, 26. Mai. Die englische Regierung hat gestern Briand eine Note über Oberschlesien überreichen lassen. Die Note teilt mit, daß Lord d'Abernon die Instruktion erhalten hat, die Schritte des französischen Botschafters in Berlin zu untersuchen.

Die Aussprache in der französischen Kammer.

Eine Erklärung Briands zum Londoner Abkommen.

WTB. **Paris**, 26. Mai. Nach Briand, dessen Ausführungen mit Beifall aufgenommen wurden, sprach Abg. Lacotte von der äußersten Rechten, der sich gegen die englische Politik wende, was eine Kritik des Kammerpräsidenten hervorruft. Briand sagt, die Alliierten Frankreichs seien intelligent und klardenkend genug, um gewisse Aeußerungen gewisser Deputierten auf das rechte Maß zurückzuführen. Abg. Lacotte fährt jedoch fort, England stark anzugreifen. Er wird deshalb vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen, greift jedoch Lloyd George und den Präsidenten weiter an, so daß der Präsident droht, ihm das Wort entziehen zu wollen. Lacotte antwortet, er werde seine Pflicht bis zum Aeußersten tun. Schließlich erklärt er, er und seine Kollegen würden der Regierung das Vertrauen verweigern.

Das Wort ergreift alsdann Abg. Joseph Barthelemy. Er erklärt, man müsse das Ultimatum, das Deutschland angenommen habe, als ernstes Ereignis ansehen. Ministerpräsident Briand habe die Kammer vor eine vollendete Tatsache gestellt. Briand sagt, heute sei ja die Kammer souverän. Sie könne ihre Verantwortlichkeit übernehmen. Abg. Barthelemy erkennt die Richtigkeit des Standpunktes des Ministerpräsidenten an, aber er wünscht Aufklärung, ob das Londoner Abkommen in Zukunft Sanktionen vorsehe, im Falle Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle.

Ministerpräsident Briand gibt folgende Erklärung ab:

In London haben wir eine Erklärung abgegeben, die Deutschland mitgeteilt werden mußte und die alle Verfehlungen des Schuldners feststellt. Es war genau bestimmt worden, daß Deutschland mit einem Ja oder einem Nein antworten muß, und wenn eine der Bedingungen zurückgewiesen würde, würden die Alliierten alle ihre militärischen und maritimen Mittel bereitstellen, um Genugtuung zu erlangen. Jetzt frage man, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle. Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Verfehlung handele, von der in der Erklärung von London nicht die Rede sei, dann ja; denn das sei eine Notwendigkeit des Vertrages. Wenn der Botschafterrat nicht zu einem Beschluß kommen könne, dann müsse der Oberste Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn es sich um Tatsachen handele, die in der Erklärung verzeichnet seien, hinsichtlich deren Deutschland Beweise der Nichterfüllung zeigte, dann müsse Frankreich wie die anderen Alliierten diese Verfehlung feststellen und dann bestehe für jeden von ihnen das Recht, zur Ausführung der Sanktionen zu schreiten.

(Ein Abgeordneter ruft dazwischen: Das ist ein Recht, aber keine Pflicht!) — Briand fährt fort: Erschweren Sie mir nicht meine Aufgabe! Wenn also die deutsche Verfehlung in der Erklärung von London festgestellt sei, dann werde die französische Regierung an die englische und die belgische Regierung telegraphieren und den Willen zum Handeln aussprechen und sie ersuchen, das gleiche zu tun. Durch dieses Telegramm würden die Verbündeten in Stand gesetzt, mit Frankreich zu handeln. (Von der rechten Seite wird gerufen: Und wenn Sie nicht marschieren?) — Briand fährt fort, er habe nicht das Recht daran zu zweifeln, daß die Truppen der Verbündeten sich den Truppen der Franzosen anschlössen. Aber selbst wenn sie sich in einer Lage befinden würden, die ihnen nicht gestatte, dies zu tun, dann könne Frankreich aus eigenen Mitteln, also allein vorgehen, ohne dadurch gegen seine Verbündeten zu handeln. Das sei der große Unterschied zwischen der Politik der Regierung und zwischen einer anderen Politik, die verlangt worden sei. Dieser Unterschied sei gewaltig; man erhalte dadurch die Kohäsion der Alliierten aufrecht, und das sei das wesentliche.

Der Abg. Barthelemy fährt fort, die in London vorgesehene Zahlungsweise und das Annuitätensystem einer Prüfung zu unterziehen. Er fürchte, daß Deutschland versuchen werde, seinen Export zu verschleiern. Er glaubt auch, daß es sehr schwer sein werde, die Obligationen unterzubringen. Redner verlangt Aufklärung über den Diskont dieser Obligationen und möchte wissen, ob England Frankreich nicht ins Schlepptau genommen habe. — Der Ministerpräsident verneint das. Abgeordneter erklärt jedoch, ein Teil der öffentlichen Meinung glaube es.

Die Vertrauensfrage.

Paris, 26. Mai. Im weiteren Verlauf der Debatte versuchten Briands Gegner die Vertagung der Abstimmung über die Vertrauensfrage bis morgen zu erreichen und die Weiterführung der Debatte bis 10 Uhr abends zu unterbrechen. Briand selbst lehnte die Vertagung ab und stellte dabei die Vertrauensfrage. Die Kammer beschloß mit 407 gegen 180 Stimmen die Sitzung fortzusetzen. Briands Sieg gilt damit als gesichert.

Aus Oberschlesiens Notzeit.

Wo die Polen hausen.

Berlin, 26. Mai. Blättermeldungen aus Breslau zufolge sind dort endlich auf Umwegen Zeitungen und Briefe aus den von polnischen Banden eingeschlossenen oberschlesischen Industriestädten eingetroffen. Die Zeitungen berichten über eine Fülle polnischer Untaten, die

unter den Augen der französischen Besatzungstruppen

geschehen sind. In Kattowitz wurde eine ältere Frau, Mutter von sieben Kindern, auf der Straße erschossen. Auf der Nikolaistraße brachten die Aufrührer eine Bombe zur Explosion, wodurch zwei Personen getötet und drei verwundet wurden. Vor dem Promenaden-Restaurant wurden zwei Personen durch eine Handgranate getötet. Gegen das Wohnhaus des Eisenbahnpräsidenten Schumacher wurde ein Bombenanschlag verübt. Die Tätigkeit der Franzosen beschränkt sich darauf,

Haussuchungen bei deutschen Familien

vorzunehmen. Die Kattowitzer „Oberschlesische Morgenzeitung" teilt mit, daß im polnischen Hauptquartier in Schoppinitz französische Offiziere aus und ein gehen. Das Blatt nennt auch die Namen der französischen Ratgeber Korfantys. So befindet sich bei Korfanty der frühere Adjutant des Kreiskommissars von Kattowitz-Süd, der französische Kapitän d'Alsace.

Die polnisch-oberschlesische Grenze ist für jedermann offen.

Im Kreise Hindenburg wurden von den Banden wiederum 200 junge Leute aus den Häusern geholt und zwangsweise an die Front gebracht.

Die Insurgenten.

Artilleriefeuer auf deutsche Ortschaften.

Oppeln, 26. Mai. Seit heute morgen gegen 3 Uhr sind bei Malapane-Kasch und Groß-Stein wieder Kämpfe im Gange, die bis 9 Uhr dauerten. Groß-Stein wurde verschiedentlich mit polnischem Artilleriefeuer belegt. Auf deutscher Seite wird aus Schonung für die hoffentlich in kurzer Zeit Deutsch-

sind, gezeichnetes Gebiet und Oppeln von diesem Kampfmittel kaum Gebrauch gemacht. Heftige Angriffe richteten sich erneut gegen Dioschna-Barek. Ohne Zweifel haben sich die Aufständischen nördlich von Rosenberg verstärkt. Bei Schankowitz werden zwei polnische 10,5 Ztm.-Geschütze festgestellt, die Rodau und Lemke ständig unter Feuer halten. Auch aus anderen Orten werden gleichfalls Toten der Aufständischen gemeldet. In Sakrau-Torawa wurden die beiden Töchter des Hauptmanns J. vergewaltigt. Mit dem Eintreffen der englischen Truppen, für die in Oppeln 2500 Betten angefordert sind, erhofft (!) man eine endgültige Besserung der Lage. Bei Schulenburg verstärken sich die Franzosen und scheuen sich zwischen die beiden benachbarten Gruppen des deutschen Schutzbundes einzukeilen zu wollen.

Polnische Kriegsverbrechen.

London, 26. Mai. Die Times melden aus Oppeln, daß die Polen mit der systematischen Zerstörung der Stadt Rosenberg begonnen haben.

Die deutschen Lebensmittel können nicht verteilt werden.

Wie dem Kattowitzer Volkswillen gemeldet wird, verhindern die Insurgenten die Verteilung der eingetroffenen Lebensmittel. Butter und Milch werden an die Arbeiterfamilien nur gegen Vorzeigung des polnischen Verbandsmitgliedsbuches verabfolgt, so daß zahlreiche Arbeiter aus Not in die polnischen Verbände eintreten müssen.

Das Rote Kreuz will helfend eingreifen.

Berlin, 26. Mai. Im Verfolg eines von den deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens an das Rote Kreuz in Genf gerichteten telegraphischen Hilferufes richtete das deutsche Rote Kreuz an General Berand, Oberst Percival und General Martini von der Interalliierten Kommission in Oppeln ein Telegramm, in dem es um die Ermächtigung bittet, unverzüglich eine Hilfsaktion zugunsten der Bewohner Oberschlesiens, die ein Opfer der gegenwärtigen Unruhen sind, durchführen zu dürfen.

Französische Angstmeierei.

WTB. Essen, 26. Mai. Die französische Besatzungsbehörde hat das in Duisburg erscheinende Blatt „Echo vom Niederrhein" mit sämtlichen Kopfblättern auf die Dauer von 8 Tagen verboten.

Die besetzten rechtsrheinischen Häfen.

WTB. Paris, 26. Mai. Wie „Oeuvre" mitteilt, erhob bei der gestrigen Unterredung mit Briand der englische Botschafter Lord Harding wegen der Ausrechterhaltung der Besetzung der Häfen des rechten Rheinufers, also der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, durch französische und belgische Truppen Vorstellungen.

Der „Boche" Zorn v. Bulach.

WTB. Paris, 26. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Straßburg wurde Klaus Zorn v. Bulach, ein Sohn des ehemaligen Staatssekretärs von Elsaß-Lothringen, von der Strafkammer zu 8 Tagen Gefängnis mit Strafaufschub und 200 Franken Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Bar in Straßburg einen belgischen Rechtsanwalt durch Schlagen mit einer Flasche verletzt hatte. Der Angeklagte, der Revision eingelegt hat, erklärte, er sei von einer Gruppe junger Leute als „Boche" bezeichnet und angegriffen worden. Letztere erklärten, sie seien von dem Angeklagten herausgefordert worden.

Starke russische Truppenzusammenziehungen an der Ostgrenze.

Berlin, 26. Mai. Aus Königsberg wird gemeldet: Nach aufgefangenen Funksprüchen und nach Meldungen, die hier über Litauen eingetroffen sind, rüsten die Russen fieberhaft an ihrer Westgrenze. Die von Petersburg und Moskau nach der Düna und der Ukraine führenden Bahnen sollen mit Truppentransporten, die gut ausgerüstet und bewaffnet sind, überfüllt sein. Angeblich handelt es sich um die Neuaufstellung der 10. und 16. bolschewistischen Armee und des Reiterkorps Budjenny im Raume Smolensk-Wiliebot-Mohilew, der 12. Armee hinter dem Dnepr no[illegible] Bomel zu und der 14. und 3. Armee mit mehr[illegible]n Kavalleriekorps in der Ukraine im Raume Smerinka-Berditschew. Die gesamte russische Westfront soll auf 500 000 Mann gebracht werden. Nach einer Aeußerung des russischen Oberbefehlshabers Kamenew gedenkt die russische Oberste Heeresleitung nicht untätig zu bleiben, wenn es in Westeuropa zu kriegerischen Konflikten kommen sollte.

Aus dem Reiche.

Die Finanzgebahrung des Reiches.

Berlin, 26. Mai. Im zweiten Drittel des Monats Mai betrugen die Einnahmen (Steuern, Zölle, Abgaben usw.) 1,11 Milliarden Mark, seit dem 1. April d. J. 6,59 Milliarden Mark, die allgemeinen Verwaltungsausgaben 1,93 Milliarden Mark, seit dem 1. April 9,89 Milliarden Mark; hierzu kommen noch 297,86 Millionen Mark Zinsen. Die Post brachte 84,31 Millionen Mark Ueberschuß, während die Eisenbahn noch 65,66 Millionen Mark Zuschuß brauchte. Demnach konnten erstmal noch 68,65 Millionen Mark abgedeckt werden. Die schwebende Schuld vermehrte sich um 1,16 Milliarden auf 175,04 Milliarden Mark.

Die Steuerpläne der Regierung.

Wie verlautet, befinden sich im Zusammenhang mit der notwendigen Verteilung der Entschädigungsverpflichtungen zunächst folgende Steuervorlagen in Vorbereitung: Erhöhungen der Körperschaftssteuer, der Kohlensteuer, der Tabak-, Bannwein- und Zuckersteuer. Diese Vorlagen sollen vom Reichstage noch vor der Sommerpause erledigt werden. Ueber Steuermaßnahmen in Verbindung mit der Exportabgabe schweben noch Verhandlungen.

Teilzahlungen auf die Umsatzsteuer.

Berlin, 26. Mai. Der Reichsfinanzminister hat in einem Bescheid an den Zentralverband des deutschen Großhandels erklärt, daß die Entrichtung fälliger Umsatzsteuerbeträge in Teilzahlungen mit Genehmigung der Umsatzsteuerämter nach Maßgabe des Paragraphen 105 der Reichsabgabeordnung grundsätzlich zulässig ist. Dieser Paragraph sieht das Fälligwerden der ausstehenden Teilzahlungen nur dann vor, wenn der Steuerpflichtige eine Teilzahlung versäumt und sie nach erfolgter Mahnung innerhalb acht Tagen nicht entrichtet hat. Außerdem weist ein Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 2. Februar 1921 die Umsatzsteuerämter an, daß nach Paragraph 57, Abs. 1, Satz 2 U.-St.-G. den Steuerpflichtigen, für die der Steuerabschnitt ein Kalenderjahr beträgt, auf Antrag die Zahlung der Steuern in gleichen Halbjahrs- oder Vierteljahrsteilen zu bewilligen ist. Nach dem genannten Erlaß ist der Antrag auf Steuerentrichtung in Teilbeträgen spätestens nach zwei Wochen nach dem Steuerbescheid zu stellen. Der Antrag ist nur abzulehnen, wenn das antragstellende Unternehmen nicht bis zum Schluß des Kalenderjahres in Betrieb gewesen ist oder im folgenden Jahre nicht weiter betrieben wird, ferner, wenn die Jahressteuer nicht 1000 Mark erreicht.

Das Urteil des Reichsgerichts.

Leipzig, 26. Mai. Im Prozeß Heynen wurde heute morgen um 9 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung, Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen zu insgesamt 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

Religionsunterricht in den Volksschulen.

Berlin, 26. Mai. Die sächsische Regierung war auf Antrag der sozialdemokratischen Partei bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, auf gesetzlichem Wege die völlige Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule herbeizuführen. In der Antwort des Reichsministers des Innern wird erklärt, daß die Beseitigung des Religionsunterrichts nur durch Verfassungsänderung möglich sei und daß ein entsprechender Gesetzentwurf keine Aussicht auf Annahme hätte.

Die Leipziger Prozesse gegen die deutschen „Kriegsverbrecher."

Die Vernehmung des Lagerkommandanten Müller.

Leipzig, 26. Mai. Unmittelbar an die Verkündigung des Urteils in dem 1. Kriegsbeschuldigten-Prozeß schloß sich der 2. Prozeß an. Er richtet sich gegen den Hauptmann der Landwehr a. D. Rechtsanwalt Emil Müller aus Karlsruhe wegen Gefangenenmißhandlung. Nach Aufruf der 20 englischen Zeugen, die zuerst vernommen werden sollen, stellt der Verteidiger den Antrag, noch einen Zeugen zu laden. Senatspräsident Schmidt erwidert, dazu hätte der Angeklagte doch Zeit genug gehabt. Der Angeklagte sagt, er habe den Namen erst kurz vor Verhandlung erfahren. Der Angeklagte war von Anfang April bis Mai 1918 Kommandant des englischen Gefangenenlagers Flavy le Martel. Präsident Schmidt hält dem Angeklagten vor, daß aus den Akten zu ersehen ist, daß sich im Lager Vorgänge ereignet haben, die als furchtbar bezeichnet werden müssen. Nach dem Eröffnungsbeschluß wird dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er von April bis Mai 1918 durch mehrere selbständige Handlungen vorsätzlich englische Kriegsgefangene geschlagen oder auf andere Weise mißhandelt habe. Auch wird der Angeklagte beschuldigt, einem Diphtheriteskranken mit Gewalt den Mund aufgerissen zu haben. Der Angeklagte gibt sodann ein Bild von den mangelhaften Verhältnissen und den unzureichenden sanitären Einrichtungen im Lager. Der Angeklagte schildert dann die Arbeitsverhältnisse der Gefangenen, Viele hätten sich krank gemeldet.

Präsident: Sie sollen in das Grab eines eben Beerdigten hineingesprungen sein, um einige lumpige Decken, in die er eingewickelt war, zu retten. Die Gefangenen sollen doch mit militärischen Ehren bestattet werden.

Angeklagter: Ich weiß nicht, wie die Leute dazu kommen, das zu behaupten. **Alles ist erlogen.**

Präsident: Ich begreife nicht, wie man vor der Majestät des Todes so wenig Ehrfurcht haben kann, und wie man hohnlächelnd, wie Ihnen auch zur Last gelegt wird, an Kranken vorbeigehen kann.

Angeklagter: Der einzige Mann, der verstorben ist, ist auf dem Friedhof beerdigt worden. Er hat auch einen Kranz von den Deutschen bekommen. Ein Sarg war nicht zu beschaffen. Mir ist nur der eine Todesfall bekannt. Es ist möglich, daß sich der Vorfall, der mir vorgeworfen wird, in einem benachbarter Lager zugetragen hat.

Der Präsident hält dem Angeklagten mehrere Fälle von Mißhandlungen vor, in denen er Gefangene mit der Reitpeitsche geschlagen haben soll. Der Angeklagte erklärt auf das bestimmteste, daß er nie einen Reitstock oder eine Reitpeitsche getragen habe.

Präsident: Sie sollen ganz furchtbar geschimpft haben. Auch das ist meiner Meinung nach eines Offiziers nicht ganz würdig.

Angeklagter: Ich habe nicht geschimpft. Auf Disziplin habe ich halten müssen. Die englischen Gefangenen hätten ihre eigenen Vorgesetzten bedroht und er habe es sich nicht bleiben lassen dürfen, daß auch ihm die Engländer den Gehorsam verweigerten.

Alsdann wird als erster Zeuge der Engländer **Higgins Bolten** vernommen, der Dolmetscher im Lager des Angeklagten war. Er sagte aus, er habe gleich bei seiner Ankunft eine gewisse Unruhe bemerkt, nicht jeder hätte eine Lagerstätte gehabt und die sanitären Verhältnisse ließen viel zu wünschen übrig. In der ersten Woche wären durchschnittlich 2 Mann gestorben. Die ersten Toten wurden mit Sarg, die anderen ohne Sarg begraben. Die Leichen wurden mit einem Sack zugedeckt.

Der **Angeklagte** erwidert, er könne sich nur eines Todesfalles erinnern. Er habe auch die Unteroffiziere angewiesen, die Gefangenen anständig zu behandeln.

Es werden dann die Protokolle der vor dem Londoner Polizeigericht vernommenen Zeugen, die nicht in Leipzig erschienen sind, verlesen.

*

In der am Nachmittag fortgesetzten Verhandlung des zweiten Kriegsbeschuldigtenprozesses wird in der Verlesung des Protokolls über die englischen Zeugenaussagen fortgefahren. Darin wurden die Zustände im Gefangenenlager als trostlos geschildert. Die Verlesung von weiteren englischen Zeugenaussagen nimmt längere Zeit in Anspruch.

Der Vorsitzende bemerkt: Diese Aussagen sind für Sie sehr belastend.

Angeklagter: Ich habe getan, was ich konnte. Wenn ein Gefangener aus seiner Lagerstätte nicht aufstehen wollte, so kann es möglich sein, daß ich dem Mann einen Klaps gegeben habe.

Es kommt dann noch der Fall zur Sprache, in dem der Angeklagte einem an Diphtheritis erkrankten Gefangenen mit der Faust in den Mund gestoßen haben soll. Nach zwei Tagen soll der Mann gestorben sein. Der Angeklagte bekennt, daß er nie einen Extrastrafen zur Arbeit gezwungen oder mißhandelt habe. Ob Gefangene von den Wachtmannschaften mit Schlägen von der Lagerstätte getrieben worden sind, könne er nicht bezeugen.

Der nächste Zeuge, der **Engländer Ecole**, sagt aus, daß er keine Lagerstätte gehabt habe und deshalb im Freien schlafen mußte. Der Gefangene hat vom 1. April an, dem Tage seiner Einlieferung in das Lager, ein Tagebuch geführt, dessen Inhalt verlesen wird. Unter dem 5. Mai hat er eingetragen: Ein Mann in einer Hütte gestorben, Ebenfalls verhungert. Und am 6. Mai: Die Leute liegen alle im Sterben. Die Lage wird verzweifelt.

Präsident: Das waren ja furchtbare Zustände im Lager.

Angeklagter: Ich kann nur sagen, daß in meiner Kompagnie ein einziger Mann gestorben ist. Die übrigen Todesfälle müssen in anderen Kompagnien vorgekommen sein.

Bemerkenswert ist noch die Aussage des Zeugen, der Angeklagte Müller habe sich manchmal wie ein Verrückter benommen.

Um 6,30 Uhr dauert die Verhandlung noch an.

*

Paris, 25. Mai. Der General-Advokat am Kassationshof, Paul Matter, hat von der französischen Regierung Anweisung erhalten, sich nach Leipzig zu begeben, um den vor dem Reichsgericht stattfindenden Prozessen gegen die deutschen „Kriegsschuldigen" beizuwohnen.

(So erhalten die Vertreter französisch-englischer Schurkerei das Recht, in ureigene deutsche Rechtsverhältnisse einzugreifen. Die Schriftl.)

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

81) (Nachdruck verboten.)

Schwebend faltete Heinz das Blatt zusammen und gab es der Gräfin, deren Augen in angstvoller Erwartung auf seinem Gesicht ruhten, zurück. Achtlos barg sie es im Ausschnitt ihrer Bluse.

„Und —? Was raten Sie mir zu tun? Soll ich ihm nun doch schreiben, daß ich bereit wäre, ihn zu empfangen?"

Entschieden schüttelte Hollesleben den Kopf.

„Keinesfalls!" sagte er fest. „Natürlich muß jemand mit Dombrowski reden, denn der Ton seines Schreibens läßt ja leider keinen Zweifel darüber zu, daß er tatsächlich für uns unangenehme Entdeckungen gemacht hat. Aber ich würde es für verfehlt halten, wenn Sie ihn empfangen wollten. Sie dürfen ihm keine Zugeständnisse machen, aber Sie müssen ihm gegenüber auch dafür auf der Hut sein, etwa falsche Angaben zu machen oder auch nur ihm in das Gesicht hinein etwas direkt ableugnen. Ich aber kann frei und offen mit ihm reden, ohne dabei für meine Person Gefahr zu laufen oder Sie in Gefahr zu bringen."

„Dasselbe habe ich auch gedacht," erwiderte die Komtesse in schlichter Erleichterung. „Und ich wünschte Sie mir deshalb schnellstens herbei, als ich heute morgen den Brief empfing. Und wenn Sie wirklich das schwere Opfer bringen wollten — —"

„Von einem Opfer kann dabei nicht die Rede sein. Ist es doch jetzt auch meine Angelegenheit, um was es sich hier handelt, und es sind meine Interessen, die ich dabei verfolge. Es hat sich hier in Berlin in der Zwischenzeit nichts zugetragen, nichts, das ich wissen müßte, ehe ich zu Dombrowski gehe?"

„Nein! Ich selbst bin bis auf den zweimaligen Besuch Dombrowskis von allen weiteren Unannehmlichkeiten verschont geblieben. Und ich habe die Zeitungen sehr eifrig studiert, um vielleicht eine Notiz darüber zu finden, ob die Polizei auf eine Spur des Täters gekommen sei; aber das Schweigen, in das man sich an amtlicher Stelle hüllt, läßt darauf schließen, daß man auch dort noch nicht viel weiter gekommen ist."

Nun hielt es Hollesleben für angezeigt, ihr von seiner Unterredung mit der Choristin des „Eldorado-Theaters" Mitteilung zu machen. Er legte ihr die Frage vor, ob sie vielleicht im Laufe der Zeit irgendeine Beobachtung gemacht habe, die die Vermutung rechtfertigen könne, Martens sei verhaftet gewesen; aber kopfschüttelnd meinte sie:

„Wie sollte ich das davon gekommen sein? Ich habe ja doch mit Martens niemals in einem Verkehr gestanden, der mir einen Einblick in seine Privatverhältnisse gewährt hätte. Aber ich meine, wir müßten der Aussage dieser Theaterdame große Bedeutung beilegen. Frauen sind in dieser Hinsicht sehr scharfsehend, und es sollte mich nicht sonderlich in Erstaunen setzen, wenn durch seine Verheiratung auch das Rätsel seines Mordes gelöst würde. Und dann, mein Himmel, daß wir daran noch nicht gedacht haben, die Briefe sind spurlos verschwunden. Wenn sich Martens nun darauf gefaßt gemacht hätte, daß man versuchen könne, sie ihm auf gewaltsame Weise zu nehmen, und wenn er sein kostbares Besitztum seiner Frau in Verwahrung gegeben hätte, von der ja doch niemand etwas wußte?"

„Auch ich habe diese Möglichkeit schon in Betracht gezogen. Aber es spricht doch auch sehr vieles dagegen. Martens ging mit der Absicht um, die Briefe an den Benutztragten des Prinzen Aprazin zu verkaufen; dazu aber mußte er sie doch bei der Hand haben, um sie dem Rechtsanwalt Berger vorzulegen. Außerdem ist es nicht recht wahrscheinlich, daß er ein Besitztum aus den Händen gegeben haben sollte, das er so leicht am eigenen Leibe verwahren konnte. Jedenfalls ist es müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ehe sich unsere Vermutung, daß er verheiratet gewesen ist, überhaupt bestätigt hat. Und wir müssen jetzt vor allem mit diesem Dombrowski fertig zu werden suchen. Ich werde mich deshalb von Ihnen beurlauben müssen, gnädigste Gräfin; denn ich darf keine Zeit verlieren, den gefährlichen Menschen aufzusuchen."

Er hatte sich erhoben, und die Komtesse reichte ihm die Hand.

„Gehen Sie mit Gott!" sagte sie herzlich. „Und Sie benachrichtigen mich sogleich von dem Ergebnis Ihrer Unterredung mit Dombrowski, nicht wahr?"

„Gewiß! Ich werde mir erlauben, Sie wieder aufzusuchen, sobald mir unsere Angelegenheit Zeit dazu läßt. In jedem Fall aber erhalten Sie umgehend brieflich Nachricht."

Damit ging er, um Dr. Kurt Dombrowski aufzusuchen.

34. Kapitel.

Heinz war in den Klub gegangen, um die ihm unbekannte Adresse Dombrowskis zu erfragen, und er hatte vom Speisezimmer aus den Oberstleutnant auf seinem gewohnten Ehrenplatz im Rauchsalon sitzen sehen. Aber er hatte es nicht über sich gewonnen, zu ihm hinzugehen, um ihn zu begrüßen.

Gewiß waren die Dinge, die er inzwischen erfahren hatte, nicht im mindesten danach angetan, seine Hochachtung und Verehrung für den trefflichen Mann zu verringern; aber er fühlte, daß er schon um der Geheimnisse willen, die er jetzt vor ihm zu hüten hatte, die früheren Kindesempfindungen des Verkehrs nicht mehr wieder aufbringen können, und er wünschte darum die erste Wiederbegegnung so weit als möglich hinauszuschieben.

Sobald er von dem Diener, der zugleich die Funktionen eines Klubsekretärs versah, die Adresse Dombrowskis erfahren hatte, machte er sich auf den Weg, den Polen aufzusuchen, denn vor der Hand erschien es ihm als die allerwichtigste Aufgabe, die Komtesse, Hermine aus ihrer quälenden Sorge und Ungewißheit zu befreien.

Konnte schon die Straße, in der sich Dr. Dombrowski einquartiert hatte, keineswegs unter die vornehmeren gezählt werden, so fühlte sich Heinz vollends überrascht von der Armseligkeit des schmutzigen und verwahrlosten Hauses, das die ihm im Klub angegebene Nummer trug. Und er war sehr geneigt, an einen Irrtum des Dieners zu glauben, bis er an einer der drei Türen des obersten Stockwerks wirklich eine Visitenkarte mit dem Namen des Polen entdeckte. Jetzt verstand er allerdings, warum Dombrowski, wie es im Klub hieß, noch niemals einen seiner Bekannten aus diesem Kreise eingeladen hatte, ihn zu besuchen. Denn wie vorurteilsfrei man im Klub auch im allgemeinen sein mochte, um wie wenig Gewicht man auf die Vermögensverhältnisse der Mitglieder legte, daß ein augenscheinlich in recht behaglichen Umständen lebender Mann wie Dombrowski den schlechten Geschmack hatte, in so ärmlicher Umgebung zu hausen, würde man ihm doch vermutlich ernstlich verübelt haben, und es wäre ihm jedenfalls nicht erspart geblieben, allerlei anzügliche Bemerkungen darüber zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Kriegervereinen.

Entschädigung der Kriegervereine für abgelieferte Waffen.

In dem Erlaß des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung vom 12. Februar 1921 war außer acht gelassen worden, daß ein großer Teil der Kriegervereine seine Gewehre nicht aus militärischen Beständen, sondern im freien Handel unter hoher Bezahlung erworben hatte. Es fand daher infolge des Einspruche seitens des preuß. Landesverbandes am 4. d. M. im Reichsministerium des Innern eine Besprechung mit Vertretern dieses Ministeriums, des Reichsfinanzministeriums usw. statt, die folgendes Ergebnis gezeitigt hat: 1. Den Vereinen, die ihre Gewehre seinerzeit aus Heeresbeständen erhielten, dafür 3,50 Mk. gezahlt, sie aber nicht zurückerhalten haben, wird eine Entschädigung von 30 M. gezahlt. Eine höhere Entschädigung zu zahlen ist nicht angängig, weil es sich um veraltete Modelle, nicht um Kriegswaffen handelt und der Ersatzpreis seinerzeit nur 3,50 Mk. war. 2. Den Vereinen, die anstelle der aus Heeresbeständen stammenden veralteten Gewehre solche System 98 erhalten haben, sie aber infolge des Entwaffnungsgesetzes ablieferu mußten, wird ebenfalls eine Entschädigung von 30 Mk. gezahlt und zwar: a) soweit die Ablieferung an die militärischen Behörden erfolgte, durch das Reichswehrministerium; b) soweit die Ablieferung an die Zivilbehörden (Entwaffnungskommission) erfolgt ist, durch den Reichskommissar für Entwaffnung. 3. Ueber die Frage, welche Entschädigung denjenigen Vereinen gezahlt werden sollte, die ihre Gewehre im freien Handel also nach 1899 erworben haben, wurde noch kein endgültiger Entschluß gefaßt. Es soll eine Entschädigung von 30 Mk. ins Auge gefaßt worden. Es werden ferner vergütet für: 1000 scharfe Patronen 88 oder 95 = 275,50 Mk., 1000 Platzpatronen 88 100,83 Mk. Die Zeugämter sind angewiesen worden, die Entschädigungen an die Vereine zu zahlen, gegen Vorlage der Quittung über die abgelieferten Waffen und Patronen sowie einer eidesstattlichen Versicherung, daß für die abgelieferten Stücke von keiner andern Stelle eine Entschädigung in Geld oder in andern Militärwaffen und Munition geleistet worden ist. Etwaige Zweifel können beim zuständigen Wehrkreiskommando geklärt werden.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 27. Mai.

Die neue Städteordnung.

Ein Entwurf zu einer neuen preußischen Städteordnung wird demnächst dem Landtage zugehen. Zurzeit untersteht er noch der Prüfung von Sachverständigen. Die wichtigsten Bestimmungen sind die folgenden: Das Bürgerrecht besitzt jeder, der das preußische Wahlrecht hat und seit sechs Monaten Einwohner der Stadt ist. Wahlbar zum Stadtverordneten ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Nach § 18 sind die Organe der Stadt die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat (Magistratsverfassung) oder die Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister (Bürgermeisterverfassung). Nach § 37 kann jede Stadt durch Ortssatzung die Einführung der Magistratsverfassung oder der Bürgermeisterverfassung beschließen. Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern haben einen „Oberbürgermeister" und einen Bürgermeister. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß die Wahl des Bürgermeisters und aller Beigeordneten nicht durch die Stadtverordneten, sondern unmittelbar durch die Bürgerschaft geschieht. Die Wahl hat sodann geheim usw. zu sein. Die Wählbarkeit zum Bürgermeister und Beigeordneten unterliegt keine Beschränkung. In Städten mit Magistratsverfassung dürfen die Magistratsmitglieder nicht gleichzeitig Stadtverordnete sein. Jeder Bürger ist verpflichtet, kommunale Ehrenämter anzunehmen. Die Bürgermeister und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung. Diese erfolgt bei Bürgermeistern in Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern durch die Staatsregierung, sonst durch die Aufsichtsbehörde. Die Wahlzeit der im Amte befindlichen Bürgermeister und Beigeordneten erlischt vier Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes. Neuwahlen sind rechtzeitig vorzunehmen. Die ausscheidenden Beamten führen die Geschäfte bis zur Einführung der Neugewählten weiter. Bei lebenslänglich angestellten Bürgermeistern und Beigeordneten gilt als Ablauf der Wahlzeit das 65. Lebensjahr. Die beamteten Magistratsmitglieder werden nach Mehrheitsbeschlüssen, die unbesoldeten nach dem Verhältniswahlverfahren gewählt. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden auf Grund des neuen Gesetzes zum erstenmal innerhalb drei Monaten nach seinem Inkrafttreten statt. Bis zum Amtsantritt der neuen bleiben die alten Stadtverordneten im Amte.

*

— **Die neuen Eisenbahnfahrpreise nach dem 1. Juni.** Die Zeitung „Der Deutsche" teilt unter anderem mit: „Die sehr beträchtliche Fahrpreiserhöhung, mit der wir uns schon in Kürze, ab 1. Juni werden abfinden müssen, ist in ihrem ganzen Umfange noch viel zu wenig allgemein bekannt; zum Beispiel kostet die Fahrt Köln—Berlin (577 Kilometer) ab 1. Juni für die 1. Klasse 338 Mark (bisher 312 Mark), 2. Klasse 188 Mark (138,40 Mark), 3. Klasse 113 Mark (83,80 Mark), 4. Klasse 76 Mark (52,20 Mark). Mit den Sätzen der vorstehenden Preise ist aber der Kelch des Leidens noch nicht leer getrunken; sie gelten nur für Schnellzüge, die Schnellzüge sind mit erhöhten Zuschlägen belegt. Die nach Zonen gegliederten Schnellzugzuschläge ergeben sich aus nachfolgenden Preisen (die höheren Zuschläge sind in Klammern beigefügt): 1. und 2. Klasse Zone I 1—75 Kilometer 6 Mark (3 Mark), 3. Klasse 4 Mark (3 Mark); 1. und 2. Klasse Zone II 76—150 Kilometer 13 Mark (12 Mark), 3. Klasse 8 Mark (6 Mark); 1. und 2. Klasse Zone III über 150 Kilometer 24 Mark (18 Mark), 3. Klasse 12 Mark (9 Mark). Die Eisenbahn hat übrigens als erstes Verkehrsunternehmen die Pfennigrechnung abgeschafft. Sämtliche Fahrpreise sind auf volle Markbeträge abgerundet."

— **Dienstfreier Arzt** für Samstag nachmittag und Sonntag ist Dr. Oskar Dörken.

— **Die Vorbereitungsstunde** Elberfelder Straße fällt heute aus. Sonntag ist Gesamtunterricht.

— **Die alten Schützenabzeichen bleiben.** Die Schützenabzeichen und Schießauszeichnungen des alten Heeres bleiben auch im neuen Heere. Anstelle der Fangschnüre treten aber die Schießauszeichnungen der neuen Art. Mit den Abzeichen, die bei den früheren Schießschulen und der Gewehr-Prüfungskommission erworben wurden, ist eine versilberte Eichel oder Granate verbunden. Diese fallen weg. Wenn Heeresangehörige zum Offizier oder Heeresbeamten aufgerückt sind oder noch aufrücken, so sind sie berechtigt, ihre Schießauszeichnungen zur Offizier- oder Heeresbeamtenuniform weiterzutragen, solche jeder Art in der neuen Form.

— **Die Haftpflicht des Staates.** Ueber die Haftpflicht von Staat und Gemeinde liegen einige bemerkenswerte gerichtliche Entscheidungen vor, die jetzt der Finanzverwaltung mitgeteilt werden. Die nicht genügende Beleuchtung eines Wohnhofes ist nach einer Entscheidung des Reichsgerichts dann nicht schuldhaft, wenn sie infolge der Knappheit an Petroleum während des Krieges nötig war. Dagegen haftet der Staat nach einer Entscheidung des Landgerichts Essen für Handlungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Westfalen und Rheinland.

hn. **Hagen**, 27. Mai. Der städtische Milchausschuß beschloß von einer Verbrauchseinschränkung der Milch vorläufig abzusehen, da zur Zeit so reichliche Zufuhren in Milch zu verzeichnen sind, daß in sämtlichen Verkaufsstellen nach Befriedigung der Empfangsberechtigten noch reichlich Milch für den freien Verkauf vorrätig ist. Mit Rücksicht auf das große Angebot braucht auch keine neue Preisfestsetzung stattzufinden, da der Preis von 2.80 Mark vorläufig nicht überschritten werden kann. Um den Absatz der reichlichen Zufuhren zu erleichtern, sollen neue Verkaufsstellen eingerichtet werden.

* **Dortmund**, 27. Mai. Am Hauptbahnhofe spielte sich nachts eine Schießerei ab. Ein Mann wurde erschossen. Man fand ihn morgens auf der Schmiedingstraße.

* **Dortmund**, 28. Mai. Beim Baden ist in Ossen ein in der Markscheiderei der Zeche Hermann beschäftigter junger Mann von achtzehn Jahren in Gegenwart seines Freundes, der ihm vergeblich Rettung zu bringen suchte, ertrunken.

* **Dortmund**, 26. Mai. Hier hat sich eine siebzig Jahre alte Schneiderin — [illegible] der Erlösung durch Gas verschafft. [illegible] der Unglückliche bewußtlos in ihrer Wohnung. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

* **Bochum**, 26. Mai. Der 26 Jahre alte Arbeiter Karl Goecke aus Harpen war von einem Spaziergange, den er vor drei Wochen unternommen hatte, nicht zurückgekehrt. Jetzt erhielten die Angehörigen eine Karte aus Marseille, worin der junge Mann mitteilt, daß er sich in der Fremdenlegion befinde und nach Marokko fahre. Den Umständen nach ist kaum anzunehmen, daß Goecke sich freiwillig zum Dienst in der Fremdenlegion gemeldet hat. Man glaubt vielmehr, daß er durch Anwendung von Hypnose oder auf andere Weise in die Hände der Werber geraten ist.

* **Bochum**, 26. Mai. In einem Hause an der Hentiettenstraße wurde eine Spielhölle ausgehoben. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet.

* **Bochum**, 27. Mai. Die Bäckerinnungen des westfälischen Industriegebiets hielten hier einen Obermeistertag ab, um zu wichtigen wirtschaftlichen und Berufsfragen Stellung zu nehmen. Man hielt es für notwendig, die ausländische Getreidewirtschaft freizugeben und dann durch die Beseitigung des behördlichen Apparates große Unkosten zu ersparen, während das Reich die Möglichkeit hat, durch die Zentralisierung der Einfuhr preisregulierend zu wirken. Besonders eingehend beschäftigte sich der Obermeistertag mit den augenblicklichen Mehllieferungsschwierigkeiten. Einmütig wurde stammender Protest dagegen erhoben, daß in der letzten Zeit von vielen Mühlen Mehl versandt wird, daß 85prozentig ausgemahlen sein soll, in Wirklichkeit aber derartig rauh und grau ist, daß von einer 85prozentigen Ausmahlung keine Rede sein kann. Ferner wird Mehl versandt in Säcken, die nicht etikettiert und plombiert sind. Die Bäckermeister müssen unter allen Umständen von den Behörden verlangen, daß an der Etikettierung und Plombierung der Säcke festgehalten wird. Weiterhin wurde beanstandet, daß vielfach versandt wird in Wagen, in denen vorher stark riechende Düngemittel enthalten gewesen sind. Sodann erörterte der Obermeistertag die Frage der anderweitigen Verwendung des Kochmehles. Der Regierungspräsident von Arnsberg hat den Kommunalverbänden erlaubt, aus dem ausländischen Kochmehl auch Brötchen zu einem vorgeschriebenen Gewicht gegen Brotmarken bezw. Mehlmarken herstellen zu lassen, vorbehaltlich der Genehmigung der Zentral-Behörden. Da diese Genehmigung bis heute noch nicht vorliegt, trotzdem der Regierungspräsident seine Entscheidung schon vor mehreren Monaten getroffen hat, wurde die Verbandsleitung beauftragt, in Berlin vorstellig zu werden, um diese ebenso sehr im Interesse der Konsumenten wie des Bäckergewerbes liegende Frage zu einer Lösung zu bringen.

* **Herne**, 26. Mai. Bei einem festlichen Umzuge stürzte der Vorsitzende des Junggesellenklubs Treubund in Holthausen so unglücklich vom Pferde, daß er tot auf dem Pflaster liegen blieb.

* **Bielefeld**, 26. Mai. Der bei einer hiesigen Firma tätige, aus Elberfeld stammende Alfred Koese ist unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet worden.

* **Hamborn**, 26. Mai. Eine schwere Bluttat setzte die Anwohner der Duisburgstraße in Marxloh in Aufregung. Wie das städtische Nachrichtenamt mitteilt, überraschte die im Hause Duisburgstraße 21 wohnhafte Ehefrau Gründel, als sie von einem Ausgang zurückkehrte einen Einbrecher, der in ihre Wohnung eingedrungen war. Der Täter schlug auf die Frau mit einer Eisenstange, die er wahrscheinlich zum Aufbrechen der Tür benutzt hatte, ein und brachte ihr so schwere Verletzungen bei, daß der Tod sofort eintrat. Der Täter namens Wolter konnte festgenommen werden.

* **Barmen**, 27. Mai. Im hiesigen Rathause fand in der Angelegenheit der Eingemeindung von Langerfeld und Nächstebreck eine Besprechung statt, an der u. a. auch Vertreter der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen teilnahmen. Barmen steht die Eingemeindung der beiden zu Westfalen gehörigen Orte als Lebensfrage an. Vom Kreise Schwelm wird die Eingemeindung bekämpft. Die endgültige Entscheidung wird von den Gutachten abhängen, die von den beiderseitigen Provinzialausschüssen an den Landtag zu erstatten sind.

Gerichtssaal.

hn. **Hagen**, 27. Mai. Am hiesigen gemeinsamen Schöffengericht, das auf Grund des neuen Entlastungsgesetzes hier eingerichtet worden ist, wurde gestern die erste Zuchthausstrafe verhängt. Der Maschinenschlosser Eugen Affeld und der Arbeiter Leonhard Koack aus Hagen hatten über zahlreiche Einbruchsdiebstähle gebeichtet, bis sie von zwei Beamten der Schupo bei einem Einbruch überrascht und festgenommen wurden. Das Gericht erkannte gegen A. auf ein Jahr Gefängnis und verhängte über K. eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Monaten.

Theater und Musik.

In der Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung" hat nicht Sotilt Hanfstängel aus Düsseldorf, sondern Finkgarden, Dortmund mitgewirkt.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Am Sonnabend gelangt nochmals die Operette „Drei alte Schachteln in der bekannten Besetzung zur Wiederholung, während am Sonntag abends 7½ Uhr wie bereits mitgeteilt, erstmalig „Der Trompeter von Säckingen" Oper von Viktor E. Nessler unter der musikalischen Leitung von Werner von Bülow gegeben wird. Am kommenden Montag wird „Die Rose von Stambul", die auch bei der letzten Wiederholung die größten Beifallsstürme hervorgerufen hat, nochmals wiederholt werden.

Sprechsaal.

Wozu sind an unsern Schulen Konrektorenstellen notwendig?

Wie aus dem Bericht der „Gew. Ztg." über die letzte Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums hervorgeht, ist über die Schaffung von Konrektorenstellen ausführlich beraten worden. Da dürfte es von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, welche Bewandtnis es mit der geplanten Einrichtung hat.

Nicht handelt es sich, wie mancher vielleicht annehmen könnte, um die Anstellung eines zweiten Schulleiters oder den Ausbau des Rektorats im allgemeinen. Nachdem seit dem Inkrafttreten der ministeriellen Verordnungen über die Befugnisse der Lehrerkonferenz dem rein dienstlichen Verhältnis zwischen Lehrkörper und Schulleiter mehr als früher der Charakter kollegialen Zusammenwirkens verliehen worden ist, könnte das Konrektorat lediglich geboren werden aus Gründen unterrichtlicher und erziehungswichtiger Natur allgemeiner Art. Welches sind solche für unsere Stadt?

Es ist bekannt, daß die als Nachwirkung des Krieges bei einem großen Teile unserer Schuljugend in die Erscheinung getretene gesundheitliche Schädigung zu der schulärztlichen Behandlung geführt hat. Für jedes Kind ist ein Gesundheitsbogen angelegt, in dem der ärztliche Befund jeweils festgehalten wird um bei Auswahl von erholungsbedürftigen Kindern Verwendung zu finden. Die eingehende Verarbeitung des gesamten schulärztlichen Materials und seine Nutzbarmachung für die Erziehung in der Schule überhaupt ist ein Arbeitsgebiet, dem in Zukunft ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Vor allen Dingen ist der Einfluß der Lehrerschaft in den Kommissionen, die über die Entsendung von Kindern in Erholungsstätten maßgebend zu befinden haben, durch ein von Amtswegen verpflichtetes Mitglied eines jeden Lehrkörpers sicherzustellen. Der Entsendung eines jeweilig abkömmlichen Lehrers in die eine oder die andere Sitzung der Gesundheitskommission ist recht bald ein Ende zu machen. — Ein Arbeitsgebiet, dem von seiten der Schule bislang wenig praktische Beachtung geschenkt wurde, eröffnet sich der Lehrerschaft bei Verfolgung der Bestrebungen in der Berufsberatung. Wohl haben die Lehrer der oberen Klassen seit langem nicht versäumt, die Schüler vor dem Eintritt in das Erwerbsleben vor den Gefahren für sie ungeeigneter Berufe zu warnen. In einer Zeit der größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf allen Gebieten genügt eine solche Art der Berufsberatung, wenn man sie überhaupt so nennen darf, auf die Dauer keineswegs. Es sind Beobachtungsbogen anzulegen, in denen die charakteristischen Eigenarten der Schüler planmäßig festgehalten werden, um sie zu gegebener Zeit im Interesse des Schülers zweckdienlich verwerten zu können. An jeder Schule ist eine amtliche Dienststelle zu schaffen, die den regelmäßigen Verkehr mit Berufsämtern, Berufsberatungsstellen usw. aufrecht erhält. — Und dann das Schulkino. Wie oft an Schulleiter, Lehrer, Lehrerverein usw. Leute herantreten, die ihre „erstklassigen Leistungen" in Filmvorführungen anbieten, anpreisen und auf Wunsch „ratenmäßig liegen", kann der breiten Oeffentlichkeit nicht bekannt sein. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß diese oder jene Gesellschaft wirklich Einwandfreies, Lehrreiches geboten hat und darum von der Schule aus empfohlen wurde, so muß doch mit dem Zustande gebrochen werden, daß im Kino Unterricht erteilt wird von Personen, denen es nicht auf die Sache, sondern auf die von den Müttern unserer Kinder sauer verdienten papierenen Lappen ankommt. Das Schulkino ist Sache der Lehrerschaft und der örtlichen zuständigen Stellen. Es unterrichts-dienstlich auszubauen erfordert Arbeiten, auf die hier wegen der Fülle der Gesichtspunkte im Augenblick nicht eingegangen werden kann. Der Konrektor wäre jedem System für die zweckmäßige Durchführung, die Erledigung der für jede Vorführung notwendigen Vorarbeiten usw. verantwortlich. —

In ähnlicher Weise ließe sich noch die Notwendigkeit der Schaffung von Konrektorstellen begründen mit Hinweisen auf die Anlegung und Ausgestaltung von Schülergärten, einheitlicher Verwaltung von Schulbücherein, Lehrmittelsammlungen u. dergl. Es ist daher erklärlich, daß das Stadtverordnetenkollegium im Prinzip gegen den Vorschlag des Lehrervereins, den sich die Schuldeputation zu eigen machte, nichts einzuwenden hatte. Wenn trotzdem nur mit knapper Not der hierfür erforderliche Betrag im Haushaltsplan der Volksschule stehen blieb, so liegen dem Gesichtspunkte zu Grunde, die außerhalb der Sache zu suchen sind. Der Staat fordert die Stellen im Lehrerbesoldungsgesetz, die Ausführungsbestimmungen legen den Gemeinden die Kosten in unverständlicher und unverantwortungsvoller Weise zur Last. Ist aber der Betrag wirklich so hoch, daß die Durchführung des mit 11 gegen 11 Stimmen angenommenen Beschlusses Anlaß zu Bedenken geben könnte? Gewiß nicht! Es handelt sich um eine Mehrbelastung des Haushaltsplanes in Höhe von höchstens 40 000 Mark. Das ist ein Betrag, der gegenüber den Gesamtschulausgaben verschwindend ins Gewicht fällt und von dem wiederum ein Höchstteile (mit Einschluß der geplanten weltlichen Schule) 9 Lehrer persönlichen Nutzen haben. Sollen darunter die Gesamtinteressen unserer Schule aufs schwerste geschädigt werden? Hoffentlich nicht! H—n.

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Bosmanschek, für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather, beide in Gevelsberg.

Wohnungstausch.
3 Zimmer, Elberfeld gegen Wohnung mit Boden in Gevelsberg.
Wohnungsamt-Tausch
Wittener Straße 14.

Junger Herr sucht helles
möbl. Zimmer
eventl. mit Pension. Ang. unter A. 29 an die Geschäftsst.

Reparaturen
an Nähmaschinen u. Fahrrädern werden unter fachk. Leitung schnellstens ausgeführt.
Gebr. Klein, Hagen,
Wehringhauser Str. 1a Tel. 331.

Putzmaterialien
wie Putzlappen, bunte und weiße und Putzwolle dauernd abzugeben.
Wilhelm Lippert, Barmen-Wtal.
Telephon 715.

Zu verkaufen:
Einfacher Sportwagen, mehr. Brautkranz-Rahmen mit Glas, wie neu, gebr. lila Seiden-Mantel, fast neues weißes Voile-Kleid, 3 Filzhüte, ein fast neuer Strohhut, 1 Paar neue Damen-Schuhe preiswert zu verkaufen.
Näheres i. d. Geschäftsst.

Gleichstrom-motore,
1½, 2 PS, 220 Volt mit Amperemeter billig abzugeben.
Angebote unter A. 200 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Photographische Artikel
Elektro-techn. Lehrmittel
empfiehlt
Franz Lohmar
Wittener Str. 1.

Ein fast neuer, hellgrauer
Herren-Regenmantel
(Covercoat) preiswert abzugeben Neustr. 1 II. rechts.

Ein Paar guterhaltene
Damenschuhe
(Gr. 39—40) billig zu verk.
Heidschulstraße 1

1 Gartentisch mit 6 Stühlen,
wie neu, zu verkaufen.
Mittelstr. 46, links.

2 mittelschwere starke
Pferde,
weil überzählig, zu verkaufen.
Hufwerke.

Junge Hunde
zu verkaufen. Daselbst
1 Ziehkarre
abzugeben.
Asendahler Str. 22.

Junger Hund
(Hündin) zu verkaufen.
Vogelsang, Wiesenstr. 4, I
Besichtigung n. 7 Uhr abends.

Bekanntmachung
des Einwohner-Meldeamts.

Zwecks Vermeidung von unnötigen Laufereien mache ich darauf aufmerksam, daß bei **Abmeldungen** erst die Abmeldung beim Lebensmittelamt, Mittelstraße 44, und dann die polizeiliche Abmeldung auf Zimmer 9 des Rathauses zu erfolgen hat.

Bei **Anmeldungen** hat zunächst die polizeiliche Anmeldung und dann die Meldung beim Lebensmittelamt zu erfolgen.

Gevelsberg, den 24. Mai 1921.

Der Bürgermeister. J. V.: Müller.

Kartoffel-Verkauf.

Samstag, den 28. ds. Mts. werden in den Kellern der Heideschule und Mittelstraßeschule vormittags von 8—12 Uhr

ausgesuchte Speisekartoffeln

zu **50** Mark pro Zentner verkauft.

Städt. Lebensmittelamt.



Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter, Kriegerwitwen und Hinterbliebener.

Samstag, den 28. Mai 1921,
beim Wirt C. Buschmann, Gevelsberg, Rosendahler Strasse:

Geschloss. Vortrag
mit Experimenten

von Herrn Psychologe Ph. Knieb über:

Rätsel der Seele!

Vortragsdauer: 45 Minuten. Vorführung von Experimenten: 1½—2 Stunden.

Einlaß abends 7½ Uhr. Anfang pünkt 8 Uhr.

Karten à 2 Mark sind bei den Kassierern und Mitgliedern zu haben.

Versäume keiner unserer Mitglieder diese hochwissenschaftliche Vorführungen.

Der Vorstand:
Friederizi.

Restaurant Forsthaus Twiesack.

Angenehmer Aufenthaltsort.

3 mal täglich frische Milch von eigenen Kühen.

Guter Kaffee und sämtl. Getränke.

Den Vereinen empfehle meine Anlagen mit Tanzboden zu ihren Veranstaltungen. Zirka 700 Sitzplätze. Nach Eintritt der Dunkelheit helle elektrische Beleuchtung.

Um gütigen Zuspruch bittet

der Inhaber: **Karl Schneider.**

Tonkis Theater Mittelstr. 36.

Spielzeit während des Sommers:
Freitag, Samstag und Sonntag.

Ab heute **Rosa Negri**
in dem ergreifenden Werk:

Arme Violetta.

Das Schicksal eines Großstadtmädels in 8 Abteilungen.

Ferner der übrige Spielplan.

Drucksachen liefert schnell, billig u. sauber Ph. Baltin, Mittelstraße.

Achtung!  **Achtung!**

U. a. schlachtete diese Woche ein

¾ jähr. altes Fohlen.

Bester Ersatz für Mastkalbfleisch,

ferner empfehle

Filet, ff. Gehacktes,
sowie
sämtl. Wurstsorten
zu billigsten Tagespreisen.

Fritz Korten
Roßmetzgerei
Mittelstraße 100 Telefon 396
Milspe, Südstr. 15.

Samstag auf dem hiesigen Wochenmarkt.

Schweineschmalz	Pfd.	9.80
Margarine (stets frisch)		7.40
Backöl	Ltr.	9.80
Butteröl		10.00
Malzgerste	Pfd.	3.90

Rheinisches Kaufhaus
Mittelstr. 74.

Ich empfehle
in bekannt bester Qualität
alle Artikel für:

Fußball Leichtathletik Tennis Wandern.

In Bestellung:
Artikel für den
Schwimmsport.

Vereine erhalten bei Gesamtbezügen oder Abschlüssen Rabatt.

Erstes Gevelsberger Musik- u. Sporthaus
Rudolf Backhaus
Mittelstraße 53. Telefon 265.

Bin unter
Nr. 970
dem Fernsprechamt Gevelsberg angeschlossen.

Café und Konditorei
Otto Braun
Mittelstr. 27.

Ia. Nußkohlen
per Zentner 20.— Mark franko Haus,

Hausbrandkohlen
von Hasslinghausen per Zentner 17.50 Mk. franko Haus
liefert prompt
C. Westermann, Kohlenhandlung
Telefon 766. Telefon 766

Manufakturwarengeschäft
sucht für sofort oder bald ein
nicht zu junges
Lehrmädchen
aus guter Familie. Gute Schulzeugnisse erforderlich. Schriftliche Angebote unter J. W. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

63

Weit über die Grenzen des Wuppertals

kennt man **Rübenfelds Partiewarenhaus**

in denkbar größter Auswahl, als billigste und reellste Bezugs-Quelle in

getr. und neuen

Herren-Joppen, Cutaway-, Gehrock- und Manchester-Anzügen, Ueberzieher, Covercoats, Imprägnierte und Gummi-Regen-Mäntel, Hosen jeder Art, Streifen, auch Manchester, Englisch Leder und feldgrau.

Ferner: **Burschen-Anzüge und Hosen** modernste Machart, **Kinder-Schul-Anzüge** in Manchester und verschiedenen Stoffen, **Leichte Loden- und Lüster-Joppen.**

Herren-, Damen- u. Kinderschuhe
und Kleiderröcke weit unter Einkaufs-Preis (wegen Platzmangel gebe die beiden Artikel auf.)

Rübenfelds Partiewarenhaus

Ältestes und bekanntes Geschäft dieser Art am Platze
nur Barmen, Bredderstr. 63.

Besichtigen Sie bitte mein großes Lager im Hofgebäude ohne Kaufzwang.

Auswärtigen Fahrtvergütung.

63



Para-Kür Sinner A.-G.
Karlsruhe-Grünwinkel

Wir suchen für die Kommissionsabteilung einen jüngeren

Kaufmann

und eine

Kontoristin

zum sofortigen Eintritt.

Stockey & Schmitz,
Gevelsberg.
Angebote werden nur schriftlich erbeten.

Tüchtiger

Schweißer

für autogene Schweißarbeiten für sofort gesucht.

Huth'sche Eisen- u. Stahlwerke.
Meldungen beim Pförtner 3.

Tüchtiger

Gesenkschmied

für schwere Schmiedestücke gesucht.

Gebr. Schürhoff.

Eine schreibgewandte

Dame,

die flott stenographiert und einwandfrei wiedergibt, zur Bedienung der Schreibmaschine zum sofortigen Eintritt gesucht.

Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter W. B. 1921 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

14—15jähriges

Mädchen

für morgens gesucht.

Vogelsang, Hagener Str. 377.

Für das kaufmännische Büro eines größeren Fabrikgeschäftes in Milspe, wird zum 1. Juli 1921 ein

Fräulein

mit guter Schulbildung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschrift unter C. 42 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Suche zum 15. Juni ein durchaus sauberes, ehrliches

Mädchen,

welches selbständig Küche und Haushalt versehen kann. Lohn monatl. 150 Mk. Nur Mädchen mit guten Empfehlungen wollen sich melden.

Frau Hans Klünker,
Kalpe i. W., Bürder Str. 9.

Ein nicht zu junges

Mädchen

für leichte Arbeit sofort gesucht.

Frau Peter Schmidt,
Modellschreinerei
Schulstraße 15.

Putzfrau

sucht Arbeitsgelegenheit, am liebsten für Kontorräume. Näh. in der Geschäftsst.

Intelligenter junger

Kaufmann,

mit allen Büroarbeiten wie amerik. Buchführung, Korrespondenz usw. durchaus vertraut, sucht per 1. Juni Stellung. Gefl. Angebote unter C. 6812 a. d. Geschäft.

Kartoffeln!

Hochfeine

Speisekartoffeln

gut im Kochen und gut im Geschmack heute eingetroffen.

Paul Erlemeyer,
Telephon 399.

Lade Sonntag früh große und kleine

Schweine

aus.

Wilh. Sellenberg
Hasslinghausen
Tel. 515 Amt Gevelsberg.

Ostfries.

Milchschafe,

jgr. 3—4 Ltr. Milch gebend, Lämmer u. Böcke, billig zu verkaufen.

Boelerheide, Kampstr. 10
b. Hagen.

Achtung!

Am Montag, den 23. ds. Mts., gegen 6 Uhr abends, wurde in der Hause mein

Jagdhund

von einem Personenauto **überfahren,**

in dem sich 4 Herren befanden, darunter 3 mit Zylinder. Der Wagen fuhr in der Richtung Hagen weiter.

Denjenigen Personen, die mir über die Herkunft des Autos nähere Auskunft geben können, sichere ich eine **hohe Belohnung** zu.

Willy Kottenhoff,
Hagener Straße 65.
Fernruf 99 und 852

Erklärung.

Die in der gestrigen Zeitung von Frau Wwe. Sommer gemachten Angaben beruhen auf Unwahrheit.

Frau Klara Brinkmann
geb. Beste.

Kriegerverein

ehem. Kameraden 16. 41

Sonnabend, den 28. Mai 1921, abends 7½ Uhr:

Monats-Versammlung

im Vereinslokal Rudolf Flüs.

Der Vorstand.

Turn-Verein „Eintracht-Jahn".

Turnstunden

der Schüler-Abteilungen finden Samstag von 4—6 Uhr statt.

Der Turnrat.

Freiwillige Feuerwehr Gevelsberg

Samstag, den 28. Mai:

Appell und Übung

der ganzen Wehr, einschließlich der Ehrenmannschaften.

Antreten der Kameraden abends punkt 7 Uhr am Steigerhause.

Anzug: Tuchhose.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

Das Kommando.

Deutscher Jugendbund.

Samstag, den 28. Mai:

Ausflug.

Abmarsch: 8 Uhr ab Rirgena.

Der Vorstand.

Evangel. Volksverein.

Sonntag, den 29. Mai:

Familienausflug

zum Lichtenplatz (Lokal Schmidt.)

Abmarsch nachm. 2½ Uhr vom Konstermann-Hause, Neustraße.

Dort Kaffeetrinken, Ansprache, Verlosung für Kinder usw.

Gäste willkommen!

D. H. V.

Am **Mittwoch, den** 1. Juni 1921:

Dringende Monats-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl des Vorstandes.
2. Hohenzollernfeier.
3. Verschiedenes.

Die Heimarten zur Hohenzollernfeier wollen bis zum 1. Juni im Cigarrenhaus Waldrede, Mittelstr.-Ecke, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Werkmeister-Bezirksverein Gevelsberg.

Sonntag, den 5. Juni:

Abfahrt 12⁴⁰ Uhr, zur

Besichtigung des Kraftwerkes Mark.

Die Liste liegt im Vereinslokal zum Einzeichnen bis Sonntag, den 29. Mai auf.

Der Vorstand.

Warnung.

Das Betreten meiner Felder an den Badenberg sowie das Betreten meiner Wiesen des Waldes und das Holz- und Streuholen am Winkel, in der Holte, Grafenberg und an der Plätze des Jünglingsvereins wird hiermit jedem streng stens untersagt. Für von Kindern angerichteten Schaden werde ich deren Eltern haftbar machen. Zuwiderhandelnde werden unnachsichtlich zur Anzeige gebracht.

Wilhelm Neuhoff,
Landwirt.